

Rats-Update Nr. 13

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 27. März 2023

Der Duisburger Stadtrat tagte an diesem Tag zwar wieder in der Mercatorhalle, aber der Empfang und die örtlichen Gegebenheiten waren dennoch etwas anders, als es die Ratsmitglieder bisher gewohnt waren. Zunächst gab es keinerlei 'Begrüßung' durch Demonstranten, weder vor der Halle, noch im Foyer. Dort wurden jedoch erstmals Speisen und Getränke angeboten, was wegen der Coronaschutzmaßnahmen bisher nicht möglich war.

Aus dem gleichen Grund gab es innerhalb der Mercatorhalle auch eine neue Sitzordnung. Die bisherigen großen Abstände zwischen den einzelnen Ratsfrauen und Ratsherren konnten erstmals verringert werden, woraus sich eine ganz neue Anordnung der verschiedenen Fraktionen untereinander und zueinander ergab. Bezeichnend dabei ist, dass die Freien Demokraten jetzt ihre Sitze genau zwischen Linken und Rechten haben (die Fraktion der Linken sitzt direkt vor der FDP und die AfD direkt hinter der FDP). Die Tagesordnung war mit 60 öffentlichen und 10 nicht-öffentlichen Beschlussvorlagen relativ überschaubar. Zudem war bei keinem Thema zu erwarten, dass es zu langen Diskussionen kommen könnte.

Verschiedene Personalentscheidungen

Dementsprechend zügig wurden die ersten Tagesordnungspunkte kommentarlos und einstimmig abgearbeitet. Darunter war zum Beispiel die Entsendung eines neuen Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat der Duisburg Kontor GmbH, die Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern für die Hafen AG (duisport), die Wahl einer neuen Elternvertreterin in den Schulausschuss, die Bestellung zweier neuer „sozial erfahrener Personen“ für die Beteiligung an Widerspruchsverfahren gemäß SGB XII und drei Umbesetzungen des Beirates der 'Unteren Naturschutzbehörde' auf Vorschlag des Imkerverbandes und der 'Landesgemeinschaft Naturschutz'.

Satzungsänderungen bei Stadtwerken und DVG

Ebenso einstimmig und kommentarlos erfolgten Satzungsänderungen bei der Stadtwerke AG und der Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG), bei denen es lediglich darum ging, dass die Aufsichtsgremien jetzt auch online tagen dürfen, was bisher nicht erlaubt war. Viele andere städtische Gesellschaften hatten diese Änderung bereits während der Coronazeit durchgeführt, die beiden o.g. Aktiengesellschaften mussten warten, bis das Aktiengesetz (im Bundestag) entsprechend geändert wurde, was erst kürzlich erfolgte.

DVG-Beteiligung an der VDV eTicket Service GmbH & Co.KG

In weiser Voraussicht auf das bevorstehende deutschlandweite 49,-€-Ticket (welches wohl nur digital zu erwerben sein wird), wollte die DVG eine Minderheitsbeteiligung an der VDV eTicket Service GmbH & Co.KG erwerben. Diese Tochtergesellschaft des Branchenverbandes VDV wird neben dem VRR ein wichtiger Faktor bei der zukünftigen Tarif- und Vertriebsgestaltung sein. Die Gesellschaft legt Standards für digitale Produkte fest und entwickelt dafür neue Technologien. Die Kommanditeinlage der Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) beträgt dabei 22.500,- €, was der Rat nun genehmigte. 13 andere Verkehrsgesellschaften und Verkehrsverbände sind bereits beteiligt.

Zuschüsse zu Kita-Mietkosten und Betriebskosten

Während es bisher üblich war, dass zahlreiche einzelne Betreiber von Kinderbetreuungseinrichtungen immer wieder Anträge auf Zuschüsse stellen mussten und der Rat jeden einzelnen Antrag genehmigen musste, beschloss der Stadtrat nun das Prozedere zu vereinfachen. Hintergrund ist die mangelnde Förderung der NRW-Landesregierung, die den Kita-Betreibern Zuschüsse in Höhe von 11,36 Euro pro Quadratmeter 'Kita-Fläche' zahlt. Da die tatsächlichen Quadratmeterpreise (vor allem bei Neubauten) aber oft deutlich darüber liegen, reicht diese Grundfinanzierung oft nicht aus. In den meisten Fällen musste die Stadt dann mit einzelnen Sonderzuschüssen helfen. Jetzt stellte der Rat rund 1 Mio. Euro als jährliche Pauschale zur Verfügung, die als Ausgleich für Mietkosten dienen soll, wenn es zu Neubauten oder baulichen Erweiterungen einer Kita-Einrichtung kommt.

In einer weiteren Beschlussvorlage beschloss der Stadtrat, dass die Stadt bis zu 60% der Betriebskosten der einzelnen Kita-Betreiber pauschal übernehmen kann. Das erspart der Verwaltung und den Antragstellern zeitraubende Einzelfallprüfungen. Diese Vorgehensweise erfolgt auch im Sinne des geänderten KiBiz-Gesetzes des Landes NRW.

Zuschüsse an die freien Wohlfahrtsverbände

Wie in jedem Jahr genehmigte der Rat wieder die sogenannten 'Globalmittel' an die Verbände der freien Wohlfahrtsverbände für das Jahr 2023. Insgesamt stehen jährlich dafür 551.924,42 € zur Verfügung. Die Verbände einigen sich vorab selbst über einen Verteilschlüssel, der dann auch immer genau so vom Stadtrat beschlossen wird. Demnach erhält die AWO in diesem Jahr 112.926,47 €, der Caritasverband 197.006,16 €, die Diakonie 93.388,80 €, das DRK 103.349,18 € und der Paritätische Wohlfahrtsverband 45.253,81 €. Die Stadt als gesetzlicher 'Träger der Sozialhilfe' ist auf die Zusammenarbeit mit den Verbänden angewiesen und überträgt diesen soziale Aufgaben. Mit diesen Mitteln werden die Verbände in die Lage versetzt, von Ihnen als notwendig erachtete soziale Aufgaben (die nicht anderweitig durch zweckgebundene Zuschüsse gefördert werden), nach eigenem Ermessen und in eigener Zuständigkeit durchzuführen.

Städtisches Vorkaufsrecht für Grundstücke in Duisburg-Süd

Mit der Drucksachen-Nummer 22-1236 beschloss der Rat mit deutlicher Mehrheit, dass der Stadt Duisburg ein besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken im Stadtbezirk Süd zusteht. Wie bereits in der letzten Ratssitzung für den Bezirk Rheinhausen, hat die Verwaltung nun auch zahlreiche Grundstücke im Bezirk Süd 'identifiziert', bei denen sie die zukünftige Entwicklung und Planung bezüglich des Wohnungsbaus beeinflussen möchte. Die FDP-Fraktion folgte auch diesmal nicht dem Wunsch der Verwaltung, da die Stadt zur Planung von Gebieten (und Grundstücken) Bebauungspläne erstellen kann, die für Käufer und Eigentümer bindend sind. Dementsprechend ist es grundsätzlich nicht erforderlich, dass eine Stadt aus dem oben genannten Grund Grundstücke erwirbt. Alle anderen Fraktionen im Stadtrat sahen hier kein Problem und stimmten zu.

Zukunft der Beecker Kirmes

Zu ersten Diskussionen kam es bei dieser Ratssitzung, als es um die Zukunft der Beecker Kirmes ging. Die Bezirksvertretung Meiderich-Beeck (in der die FDP nicht vertreten ist) hatte einstimmig beschlossen, dass die Kirmes in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben soll, wozu jedoch die Erneuerung der gesamten Fläche notwendig wäre. Neben der Festigung des Untergrunds für neue große Fahrgeschäfte, müssten auch unterirdische Abwasserkanäle und Stromleitungen erneuert werden. Die Verwaltung schätzt die Kosten hierfür auf mind. 4,25 Mio. Euro und wies gleichzeitig darauf hin, dass diese Summe an anderen Stellen fehlen wird. Dennoch war den Bezirksvertretern in Meiderich-Beeck die traditionelle Kirmes so wichtig, dass sie sich einstimmig dafür entschieden.

Im (übergeordneten) Stadtrat stand nun ein alternativer Vorschlag zur Abstimmung. Demnach soll der Platz nicht erneuert werden und die bisherige große Kirmes nur noch in Form eines reduzierten Stadtteil-Volksfestes stattfinden, an dem auch lokale Institutionen wie Kirchen und Moscheegemeinden teilnehmen können. Dafür soll es einen städtischen finanziellen Zuschuss geben, der jedoch noch nicht näher beziffert wurde.

AfD und Linke, sowie einzelne Ratsvertreter der CDU, wollten dem Votum der Bezirksvertretung Meiderich-Beeck folgen und stimmten für den in Meiderich beschlossenen Vorschlag. Alle anderen Fraktionen beschlossen (nach intensiven Beratungen) den Alternativ-Vorschlag, so dass die traditionelle Beecker Kirmes in ihrer bisherigen Form und Größe nun Geschichte ist und durch eine kleinere Stadtteil-Kirmes ersetzt wird, da zukünftig besonders große und schwere Fahrgeschäfte auf dem alten Platz nicht aufgestellt werden können.

Erneuerung des Stadtbahnhofs Münchener Straße

Einstimmig beschloss der Stadtrat die Planungen zur Sanierung des Bahnhofsgebäudes und des dazugehörigen Brückenbauwerks am Südbahnhof Münchener Straße. Die letzten Bauwerksprüfungen hatten ergeben, dass das Gebäude saniert werden muss. Zudem soll eine vollkommene Barrierefreiheit hergestellt werden. Die Bauausführung wird derzeit auf 5,5 Mio. € geschätzt. In diesem Beschluss ging es jetzt aber nur um die reinen Planungskosten in Höhe von 350.000,- €.

Neubau eines Tierheims

Die Stadtverwaltung hat nach eigener Aussage rund fünf Jahre nach einem neuen Standort für das städtische Tierheim gesucht und nun ein Gebiet im Businesspark Asterlagen gefunden. Ein Neubau und/oder eine Erweiterung des bisherigen Tierheims im Gewerbegebiet Neuenkamp ist nicht möglich. Die FDP hält den jetzt vorgeschlagenen Standort für nicht geeignet, da es im Businesspark Asterlagen in direkter Nachbarschaft unter anderem eine Hotelanlage, eine Klinik und weitere Lautstärkeempfindliche Betriebe gibt, die z.B. durch nächtliches Hundegebell und Zusatzverkehr gestört würden. Es handelt sich um Unternehmen mit mehreren hundert Mitarbeitern, die bereits jetzt erklärt haben, dass sie schließen und/oder abwandern werden, wenn das Tierheim dort gebaut würde.

Auf Nachfrage der FDP-Fraktion erklärte der zuständige Dezernent Martin Linne, dass es „eine ganze Reihe“ von Standorten gegeben hätte, die geprüft worden wären, die jedoch wegen Eigentumsrechtlichen Fragen nicht geeignet gewesen seien. Weiterhin erläuterte er, dass es derzeit „nur eine skizzenhafte Darstellung“ eines neuen Tierschutzzentrums gäbe, dass im Businesspark oder auch an anderer Stelle errichtet werden könne. Falls es einen „Konfliktärmeren Standort“ gäbe, könne man natürlich auch gerne diesen wählen. Der Oberbürgermeister ergänzte, dass es zunächst nur darum ginge, die Verwaltung mit den weiteren Planungen zu beauftragen, in denen alle relevanten Aspekte (wie Lärmschutz, Verkehrsaufkommen und Verschmutzung, etc.) beachtet würden. Die spätere Baugenehmigung würde nur dann erteilt, wenn alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt seien.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Wilhelm Bies** erklärte, dass die Freien Demokraten den Neubau eines Tierschutzzentrums durchaus unterstützen, nur diesen Standort dafür nicht geeignet hielten, da Abwanderungen von betroffenen Firmen zu befürchten seien, die zahlreiche Arbeitsplätze kosten könnten. Er bat den Oberbürgermeister, mit den Planungen zu beginnen, jedoch weiterhin wirklich intensiv nach Alternativstandorten zu suchen. Dies sagte der Oberbürgermeister zu. Dementsprechend wurde (anders als in WAZ und RP berichtet), auch nicht speziell der Standort Asterlagen beschlossen, sondern nur die generellen Planungen. Die FDP enthielt sich der Stimme.

2 Mio. Euro mehr für die Grünpflege in Duisburg

Einstimmig, jedoch nicht ganz ohne Diskussionen, beschloss der Rat (noch in diesem Jahr) weitere 2 Mio. € für die städtische Grünpflege bereitzustellen, die die Wirtschaftsbetriebe (WBD) erhalten. Ein Vertreter der Fraktion JuDu beklagte, dass man an manchen Stellen in der Stadt nicht erkennen könne, dass „so viel Geld“ für die Grünpflege ausgegeben würde. Zudem hätte der Stadtrat 2015 beschlossen, dass die WBD jährliche Erfahrungsberichte liefern- und somit darlegen sollen, wofür das Geld verwendet wurde. Seit 4 Jahren sei jedoch kein Bericht mehr erfolgt. Oberbürgermeister Link und der zuständige Dezernent Linne erwiderten, dass sogar noch deutlich mehr Geld für die Pflege des städtischen Grüns ausgegeben werden müsste, weil die Stadt wachsende Grünflächen anstrebe.

Bekanntnis zum „Kreativquartier Ruhrort“

Seit 2011 besteht das Programm „Kreativ.Quartiere Ruhr“, gefördert vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW. Im Sinne dieses Förderprogramms ist in Duisburg das „Kreativquartier Ruhrort“ entstanden. Im Rahmen einer Neuausrichtung des Programms auf Landesebene wurden im vergangenen Jahr die Förderkriterien geändert. Voraussetzung für eine Qualifikation als „Modell.Quartier“ ist nun, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ruhrorter Akteuren und der Stadt durch einen Ratsbeschluss untermauert wird. In diesem Sinne beschloss der Stadtrat nun ein „Bekanntnis zum Kreativquartier Ruhrort“, ergänzt mit dem Hinweis, dass eine Unterstützung auch durch Projektförderungen des städtischen Kulturbüros stattfinden wird.

City-Manager demnächst auch in den Stadtbezirken

Viel Lob erhielt eine Beschlussvorlage, wonach demnächst auch in den verschiedenen Stadtbezirken ein City-Management (nach dem Vorbild der Innenstadt) eingeführt werden soll. Dafür werden der städtischen Gesellschaft DBI (Duisburg Business & Innovation GmbH) 300.000,- € zur Einstellung von geeignetem Personal zur Verfügung gestellt. Die CDU kündigte an, demnächst deutlich mehr finanzielle Mittel zur Unterstützung der Bezirke in den Haushalt einstellen zu wollen.

Verkaufsoffene Sonntage

Wie in jedem Jahr beschloss der Rat auch für 2023 wieder die verkaufsoffenen Sonntage, die in der Stadtmitte und in den Stadtbezirken stattfinden dürfen. Die verschiedenen Werberinge, die es in den Stadtbezirken gibt, stellen ihre Anträge beim Handelsverband und dieser formuliert daraus einen gemeinsamen Antrag an die Stadt bzw. an den Stadtrat. Voraussetzung für jeden einzelnen verkaufsoffenen Sonntag muss ein möglichst traditionelles Fest oder ein besonderer Anlass sein, wie z.B. ein Stadtteilstfest, ein Kunsthandwerkerfestival oder die Eröffnung des Weihnachtsmarktes. Üblicherweise gibt es immer einzelne Ratsmitglieder, die durch ihre berufliche Bindung zur Gewerkschaft oder zur Kirche dagegen stimmen oder bei der Abstimmung den Saal verlassen. Diesmal war es die gesamte Fraktion der Linken, sowie einige Ratsmitglieder der SPD und der Grünen, die gegen den Antrag stimmten. Alle anderen Fraktionen freuen sich auf die 14 „offenen“ Sonntage.

Finanzielle Unterstützung der Verbraucherzentrale

Nachdem die Wirtschaftsbetriebe (WBD) Anfang des Jahres verkündet hatten, die ca. 13jährige finanzielle Unterstützung der Verbraucherberatung ab dem kommenden Jahr nicht weiter leisten zu können, überlegte der Stadtkämmerer, wie er eine zukünftige Unterstützung durch städtische Mittel herbeiführen könne. Dabei handelt es sich um 230.000,- € jährlich. Dem Ergebnis der Überlegungen kamen die Grünen nun zuvor, indem sie einen Antrag stellten, wonach für die Verbraucherzentrale 230.000,- € im Haushaltsplan für 2024 bereitgestellt werden sollen. Was so einfach, logisch und wünschenswert klang, artete in der Ratssitzung in einen heftigen Schlagabtausch aus.

Zunächst bat die SPD-Fraktion die Grünen, ihren Antrag zurückzuziehen, weil diese Mittel nicht nur „für den Moment“, sondern dauerhaft im Haushalt der Stadt verankert werden sollten, woraus die Grünen jedoch keinen Grund erkennen konnten, ihren Antrag zurückzuziehen. Daraufhin verkündete der SPD-Fraktionsvorsitzende Sagurna, dass sie dann den Antrag ablehnen müssten. Dieser merkwürdigen Position schloss sich erwartungsgemäß auch die CDU an. Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Wilhelm Bies** erklärte, dass er den Eindruck habe, dass es der SPD offensichtlich nur darum gehe, dass über diesem Antrag 'SPD' stehen sollte und nicht 'Bündnis90/die Grünen'. Er forderte die SPD-Ratsmitglieder auf, auch mal anderen „etwas gönnen zu können“. Auch der OB und der Kämmerer kämpften geradezu mit Argumenten, um diesen Antrag 'loszuwerden'. Nach langen heftigen Wortgefechten stimmten SPD, CDU (und der OB) gegen den Antrag. Alle kleineren Fraktionen stimmten dafür, aber die Mehrheit der beiden 'Großen' war (mal wieder) überwältigend.

Brücke an der Cölve (2)

Nachdem die Straße (und die Brücke) 'An der Cölve' in Rheinhausen-Trompet nun offiziell von der Stadt Moers zur Stadt Duisburg übertragen wurde, kann und darf die Stadt die wichtige Brücke neu bauen. Dazu sind jedoch erhebliche Fördermittel des Landes notwendig, die aber erst zum Ende dieses Jahres erwartet werden. Um nicht noch mehr Zeit bis zum Neubau vergehen zu lassen, beschloss der Rat nun einstimmig, die anvisierten Fördermittel vorzufinanzieren und bereits jetzt den Bauauftrag zu vergeben.

Nächste Ratssitzung (erst) im Juni

Bereits um 17:30 Uhr beendete Oberbürgermeister Sören Link die öffentliche Sitzung des Stadtrates. Es folgte eine relativ kurze nicht-öffentliche Sitzung mit 10 Tagesordnungspunkten.

Falls nichts Außergewöhnliches passiert, ist die nächste Ratssitzung erst am 12. Juni 2023 geplant. Danach informieren wir Sie natürlich wieder gerne über die wichtigsten politischen Themen und Stimmungen im Duisburger Stadtrat.

*Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, erholsame Osterferien und schöne Feiertage.*

Thomas Wolters



FDP-Fraktionsgeschäftsführer